

Jörg Bibow, Heiner Flassbeck
Das Euro-Desaster – Wie deutsche Wirtschaftspolitik die
Eurozone in den Abgrund treibt

Westend Verlag, Frankfurt am Main, 2018, 240 Seiten

Das Buch der Ökonomen und „Keynesianer“ Jörg Bibow und Heiner Flassbeck ist ein Aufruf zum wirtschaftspolitischen Umdenken in der Eurozone und insbesondere in Deutschland, bzw. ein Plädoyer gegen den „neoliberalen Mainstream“, welcher empfiehlt, auf Krisen (z.B. Eurokrise) mit Sparen und Lohnzurückhaltung zu reagieren. Auf Basis einer durch internationale Statistiken (primär Eurostat und IWF) gestützten Analyse wird argumentiert, die deutsche Spar- und Lohnsenkungspolitik (auch die Hartz-Reformen werden hier erwähnt) sei Auslöser für die Wirtschaftsschwäche in der Eurozone und für das Auseinanderdriften der Euroländer bei hohen deutschen Handelsüberschüssen. Die derzeit gute deutsche Wirtschaftsentwicklung gehe gewissermaßen auf Kosten der Partnerländer. Die auch Neo-Merkantilismus oder „beggar-neighbor-Politik“ genannte deutsche Strategie, bei stabilen Wechselkursen Vorteile durch mehr „innere Lohn- und Preisdisziplin“ zu erlangen, wurde den Autoren zufolge (z.B. S. 126f.) schon von Ludwig Erhard gezielt verfolgt.

Dabei wird in Deutschland die durch niedrige Löhne und staatliche Sparpolitik entstehende Nachfragerücke durch hohe Exporte geschlossen, also dadurch, dass der Rest der Welt mehr deutsche Güter nachfragt. Das Ausland muss aber den deutschen Exportüberschuss bezahlen und sich dafür bei uns verschulden. Dieses Ungleichgewicht kann in der Eurozone nicht durch Währungsanpassung beseitigt werden. Für die Europartnerländer ist daher die Situation besonders ungünstig: hier fehlt Nachfrage, die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Eurozone wird insgesamt zur (Schulden-)Falle, was - den Autoren zufolge - langfristig eine Transferunion erzwingt. Ein Sekundärproblem dieser Entwicklung betrifft den Bankensektor in den Krisenländern: in der Dauerkrise untergraben notleidende Kredite die Profitabilität und Solvenz von Banken, die sich auf die Kreditvergabe an Unternehmen konzentrieren. Solche Banken beschränken dann die Vergabe neuer Kredite, was die Wirtschaftsentwicklung weiter belastet. Keynesianische Nachfragebelebung ist in Eurokrisenländern schwer: steigende Staatsausgaben sind gemäß Stabilitäts- und Wachstumspakt nur begrenzt möglich. Steigende Löhne führen bei deutscher Lohnzurückhaltung zum Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Umgekehrt verschärfen „neoliberale“ Anpassungsprogramme (staatliche Sparpolitik und Lohnzurückhaltung, um lohnkostenbezogen wettbewerbsfähig zu werden) in den Eurokrisenländern die Nachfragerücke. Auch ein vermehrter Export in den Rest der Welt (= euroweite Ausweitung des „deutschen Modells“) ist nur begrenzt möglich. Der Rest der Welt ist erkennbar wenig geneigt, europäische Überschüsse aufzukaufen.

Den Autoren zufolge sind vor diesem Hintergrund nicht die Eurokrisenländer das Problem, sondern Deutschland, welches sich auf Kosten anderer Länder saniert. Hinzu kommt: würden Euro-Partnerländer durch Lohnsenkung „intern abwerten“, bis der Lohnkostennachteil gegenüber Deutschland ausgeglichen ist, könnte Deutschland seinerseits durch neue „innere Disziplin“ (sprich: durch erneut stärkere Lohnzurückhaltung) reagieren. Die Folge wäre eine deflationäre Abwärtsspirale bei weiter hohen deutschen Handelsüberschüssen. Europa hätte weiterhin unausgewogene Finanzströme und fragile Gläubiger-Schuldner-Beziehungen.

Demzufolge plädieren die Autoren zum einen für eine (wie immer organisierte) Aufgabe der Lohnzurückhaltung, zum anderen aber insbesondere für eine Umgestaltung der Euro-Währungsunion nach dem Vorbild der USA (S. 207ff.). Diese ist - anders als Europas Währungsunion – zugleich eine Fiskalunion. Dieser Umstand halte, so die Argumentation, Amerikas Währungsunion zusammen, stabilisiere Amerika als Ganzes und führe auch bei regional asymmetrischen Schocks einen stabilisierenden Ausgleich herbei – und zwar „automatisch“ durch Bundesinstrumente wie Einkommensteuer und Sozialversicherungssystem. Staaten, die sich in einer Rezession befinden, zahlen demnach automatisch weniger, Staaten, die boomen, automatisch mehr als sie bekommen. Dabei finde implizit auch eine Umverteilung von reicheren an ärmere Staaten statt. Eine wirksame Schuldenbremse bestehe nur auf Ebene der US-Bundesstaaten, nicht aber auf zentraler Ebene, so dass die Zentralregierung auch antizyklisch steuern könne. In der Eurokrise habe dagegen niemand gegengesteuert, als sich einige Mitgliedsstaaten tiefer in die Krise gespart hatten. Auch die EZB habe sich konjunkturpolitisch bis 2014 eher zurückgehalten. Sie kann ja keine Eurobonds kaufen (die FED kauft nur Bundestitel) und steht beim Ankauf nationaler Staatstitel sofort in Verdacht, Fiskalpolitik zu betreiben bzw. bestimmte Länder monetär zu finanzieren. Aus Sicht der Autoren ist insofern die fehlende Fiskalunion das zentrale Konstruktionsproblem der Euro-Währungsunion.

Die Autoren schlagen vor diesem Hintergrund die Einführung einer „minimalistischen Fiskalunion“ vor – und zwar durch Errichtung eines Euro-Schatzamts, welches gemeinsame Steuern erheben und gemeinsame Schuldtitel emittieren darf. Konkret würde das Amt regelgebunden künftige öffentliche Investitionen der Eurozone durch Schatzamt-Anleihen finanzieren. Bestehende Staatsschulden würden dabei nicht vergemeinschaftet. Das Schatzamt würde Investitionszuschüsse, z.B. nach BIP-Anteilen, an die Regierungen der Mitgliedstaaten verteilen, insofern entstünde dadurch keine Transferunion. Die Mitgliedstaaten könnten vielmehr ihre Altschulden zurückfahren. Die EZB könnte auf dem Markt für Schatzamt-Anleihen rechtssicher geldpolitisch

intervenieren (wie es in den USA seit ca. 100 Jahren funktioniert). Das Steuererhebungsrecht des Euro-Schatzamtes wäre auf Einnahmen zur Bedienung der Zinsen auf die gemeinsamen Schulden und zur Stabilisierung der Schuldenquote auf dem Zielniveau zu begrenzen.

Ein weiteres Reformthema ist für die Autoren die Bankenunion. In Amerika reißen große Bankenpleiten nicht einzelne Bundesstaaten in eine Krise (wie in Europa z.B. Irland und Spanien). Verantwortlich sind dort Zentralregierung bzw. Zentralbank. Eine „wahre“ europäische Bankenunion bräuchte den Autoren zufolge somit eine gemeinsame Einlagensicherung - und die EZB sollte anstelle der nationalen Zentralbanken als Retterin der letzten Instanz bei Banken Krisen agieren. Man müsse auch eine gemeinsame fiskalische Deckung des integrierten Bankensystems schaffen; für die Autoren eine weitere Begründung für die Forderung nach einer eurozonenweiten Fiskalunion.

Die vorgelegten Analysen erscheinen stimmig und die Lösungsvorschläge mit Blick auf amerikanische Erfahrungen umsetzbar. Die Umsetzung würde per Saldo freilich doch zu einer hierzulande oft problematisierten Transferunion führen, auch wenn die Autoren das nicht so nennen. Daher ist die politische Umsetzbarkeit unklar. Ob nämlich automatische europäische Transfersysteme ohne Diskussion oder Streit etablierbar sind (wie die Autoren es auf S. 215 für die USA schildern), mag man - etwa mit Blick auf den deutschen Länderfinanzausgleich - bezweifeln. Gerade in Deutschland wären Widerstände zu erwarten, wenn Deutschland mit Blick auf Steuern an das Schatzamt und zurückfließende Investitionszuschüsse zum Nettozahler würde. Auch das generelle Thema der Staatsschulden sehen viele kritischer als die Autoren. An dieser Stelle hätte ein Hinweis auf das Potenzial eines Vollgeldsystems gepasst, welches den Euro-Staaten Geldschöpfungsgewinne zuweist, in den Dienst einer eurozonenweiten Stabilisierung gestellt werden könnte und zugleich weniger einer problematischen Wachstumslogik folgen müsste. Bei der Forderung nach Aufgabe der Lohnzurückhaltung bleibt unklar, wie dies zu organisieren ist: sollen die Tarifpartner anders agieren? Soll der Staat helfen, etwa durch Senkung der Mehrwertsteuer? Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die für die keynesianische Theorie typische Vernachlässigung von Struktureffekten. So beruht der deutsche Exporterfolg eventuell nicht nur auf Lohnzurückhaltung, sondern z.B. auch auf dem System der dualen Berufsausbildung, welches - besser als in anderen Ländern - die von der Exportindustrie benötigten Facharbeiter hervorbringt. Ein eher formaler Punkt: Das Buch ist teilweise im Stil eines makroökonomischen Lehrbuchs geschrieben und setzt VWL-Grundkenntnisse voraus. Es ist dennoch insgesamt zur Lektüre nachdrücklich zu empfehlen.